



Bericht

der Landesregierung

Zukunftsperspektiven der jungen Generation in Schleswig-Holstein

Federführend ist das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Inhaltsverzeichnis	2
1. Einleitung	3
1.1 Auftrag	3
1.2 Aufbau des Berichts	3
2. Die Kernaussagen der 16. Shell Jugendstudie 2010	3
2.1 Methodische Vorbemerkungen zur Studie	3
2.2 Zentrale Ergebnisse	4
2.3 Empfehlungen der Autoren der Shell Jugendstudie	6
3. Herausforderungen für die Landesregierung	7
3.1 Förderung in Kita und Schule	8
3.2 Unterstützung kommunaler Bildungsvernetzung	11
3.3 Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf gestalten	12
3.3.1 Allgemeiner Trend	12
3.3.2 Das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt	13
3.3.3 Weitere Maßnahmen	15
3.4 Teilhabekonzepte in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik	17
3.4.1 Kinder- und Jugendarbeit	17
3.4.2 Bündnis für Teilhabe	17
3.4.3 Förderung von Familien	18
3.5 Förderung des ehrenamtlichen Engagements	19
3.6 Stärkung der Medienkompetenz	20
3.7 Verbesserung der Lebenssituation der Jugendlichen im Quartier (Soziale Stadt)	21
4. Resümee und Perspektive	23

1. Einleitung

1.1 Auftrag

Der Landtag hat in seiner 30. Sitzung am 8. Oktober 2010 den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Drs.17/893) angenommen, in dem die Landesregierung gebeten wird, in der 14. Tagung zu berichten, welche Relevanz die Aussagen der 16. Shell Jugendstudie für die Perspektiven der jungen Generation in Schleswig-Holstein haben und welche Konsequenzen die Landesregierung daraus ziehen will.

Die Landesregierung wird gebeten, insbesondere darzustellen mit welchen Maßnahmen sie den negativen Befunden (z. B. dem Auseinanderdriften der sozialen Milieus) durch ein präventives Gesamtkonzept entgegen wirken will.

1.2 Aufbau des Berichts

Nachdem in Kapitel eins der Berichtsauftrag dargestellt und der Berichtsaufbau erläutert ist, wendet sich Kapitel zwei den methodischen Grundlagen, den wesentlichen Kernaussagen und den Empfehlungen der 16. Shell Jugendstudie 2010 für Politik, Wirtschaft und Pädagogik zu.

In Kapitel drei sind in sieben Unterabschnitten die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die Landesregierung in den wichtigsten Handlungsfeldern aufgeführt. Dazu gehören neben dem Bildungsbereich der Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf, Teilhabekonzepte, die Förderung des ehrenamtlichen Engagements, die Stärkung der Medienkompetenz und die Verbesserung der Lebenssituation im Quartier.

Im abschließenden vierten Kapitel zieht die Landesregierung ein kurzes Resümee.

2. Die Kernaussagen der 16. Shell Jugendstudie 2010

2.1 Methodische Vorbemerkungen zur Studie

Die 16. Shell Jugendstudie 2010 stützt sich auf eine repräsentativ zusammengesetzte Stichprobe von 2.604 Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren aus den alten und neuen Bundesländern. Sie wurden Anfang 2010 zu ihrer Lebenssituation und zu ihren Einstellungen und Orientierungen persönlich - auf der Grundlage eines standardisierten Fragebogens - befragt. Im Rahmen einer qualitativen Vertiefungsstudie wurden weitere 20 Fallstudien auf der Basis explorativer Interviews geführt.

Die Studie ist als eine subjektorientierte Form der Sozialberichterstattung anzusehen. Sie beruht auf der Erhebung von Einstellungen, Lebenslagen, Werten und perspektivischen Erwartungen der befragten Stichprobe.

Die Shell Jugendstudie unterscheidet fünf soziale Schichten, die über die Bildungsherkunft der Jugendlichen im Verbund mit der Bewertung des verfügbaren häuslichen Einkommens definiert werden. 14 Prozent der Jugendlichen gehören nach dieser Aufteilung zur Oberschicht und 22 Prozent zur oberen Mittelschicht. Mit 30 Prozent bilden Jugendliche aus der Mittelschicht die größte Teilgruppe. Der unteren Mittelschicht sind 24 Prozent zuzuordnen und der Unterschicht als der sozial schwächsten Schicht gehören 10 Prozent an.

Die Studie trifft Aussagen über die Lebenswelt der Jugend insgesamt, eine länder-spezifische Auswertung erfolgt nicht. Als Differenzierungskriterien dienen neben der sozialen Schichtzugehörigkeit das Geschlecht und der Migrationshintergrund.

2.2 Zentrale Ergebnisse

Nach der Shell Jugendstudie 2006 mit dem Untertitel „Eine pragmatische Generation unter Druck“ stellen die Autoren in der aktuellen Studie fest: „Eine pragmatische Generation behauptet sich.“

Insgesamt kennzeichnet die Jugend in Deutschland weiterhin eine optimistische Grundhaltung und eine konstruktiv-pragmatische Umgangsweise mit den Herausforderungen in Alltag, Beruf und Gesellschaft. Daran haben auch die Wirtschafts- und Finanzkrise und unsicher scheinende Perspektiven in Beruf und Lebensführung nichts geändert.

Prägende Charakteristika der Handlungsorientierungen junger Menschen sind Ehrgeiz, Zähigkeit, Flexibilität und Lockerheit. Dies gilt für die weit überwiegende Mehrheit, während es einer kleinen Minderheit aus bildungsfernem Herkunftsmilieu nicht gelingt, für sich günstige Bildungsvoraussetzungen und sichere Perspektiven zu entwickeln. Ihr stehen besondere Risiken in Beruf und Alltagsbewältigung bevor. Betroffenen hiervon sind in erster Linie die jungen Menschen aus der sozial schwächsten Schicht ohne stabile Netzwerke.

Optimismus nimmt zu

Gegenüber 2006 hat sich der Optimismus der Jugendlichen deutlich erhöht: 59 Prozent blicken ihrer Zukunft zuversichtlich entgegen, 35 Prozent äußern sich unentschieden und nur 6 Prozent sehen ihrer Zukunft düster entgegen. Einzig bei Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien zeigt sich ein anderes Bild: hier ist nur ein Drittel (33 Prozent) optimistisch. Diese soziale Kluft wird auch bei der Frage nach der Zufriedenheit im Leben deutlich. Während fast drei Viertel aller Jugendlichen im Allgemeinen zufrieden mit ihrem Leben sind, äußern sich Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen nur zu 40 Prozent positiv.

Bildung als Erfolgsfaktor für die Zukunft

Zum Thema Bildung bestätigt die Studie den bekannten Zusammenhang zwischen Schulerfolg und sozialer Herkunft. Junge Leute ohne Schulabschluss finden seltener eine qualifizierte Arbeit oder eine Ausbildung. Entsprechend pessimistisch blicken Jugendliche, die sich unsicher sind, ihren Schulabschluss zu erreichen, auch in die Zukunft.

Mehr Optimismus zeigt sich mittlerweile bei den Auszubildenden. Sie sind sehr viel hoffnungsvoller als in den letzten Jahren, nach der Ausbildung übernommen zu werden. Auch in puncto Zuversicht beim Berufswunsch gibt es eine positive Trendwende: 71 Prozent der Jugendlichen sind überzeugt, sich ihre beruflichen Wünsche erfüllen zu können. Jedoch verläuft die Entwicklung bei Jugendlichen aus sozial schwierigen Verhältnissen auch hier wieder gegenläufig: Nur 41 Prozent von ihnen sind sich diesbezüglich sicher.

Ungebrochen ist der geschlechtsspezifische Trend beim Thema Bildung: Wie sich bereits zu Beginn dieses Jahrzehnts gezeigt hatte, haben junge Frauen ihre männlichen Altersgenossen bei der Schulbildung überholt. Auch in Zukunft streben sie häufiger bessere Bildungsabschlüsse an.

Nicht ohne meine Familie

Die Bedeutung der Familie für Jugendliche ist ein weiteres Mal angestiegen. Mehr als drei Viertel der Jugendlichen (76 Prozent) stellen für sich fest, dass man eine Familie braucht, um wirklich glücklich leben zu können. Das bezieht sich nicht nur auf die Gründung einer eigenen Familie, sondern auch auf die Herkunftsfamilie. Mehr als 90 Prozent der Jugendlichen haben ein gutes Verhältnis zu ihren Eltern.

Wieder zugenommen hat der Wunsch nach eigenen Kindern. 69 Prozent der Jugendlichen wünschen sich Nachwuchs. Erneut äußern junge Frauen (73 Prozent) diesen Wunsch häufiger als junge Männer (65 Prozent).

Alle sind im Internet

Das Freizeitverhalten der Jugendlichen unterscheidet sich je nach sozialer Herkunft. Während sich Jugendliche aus privilegierten Elternhäusern verstärkt mit Lesen und kreativen Tätigkeiten befassen und vielfältige soziale Kontakte pflegen, sind Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien vornehmlich mit Computer und Fernsehen beschäftigt. Allen gemeinsam ist jedoch eines: Fast alle Jugendlichen (96 Prozent) haben mittlerweile einen Zugang zum Internet (2002 waren es nur 66 Prozent). Nicht nur die Zahl der Internetnutzer ist damit gestiegen, sondern auch die Zahl der Stunden, die Jugendliche im Netz verbringen: im Schnitt fast 13 Stunden pro Woche.

Bei der Art der Nutzung des Internets zeigt sich erneut eine soziale Spaltung – insbesondere bei den männlichen Nutzern: Die *Gamer* (24 Prozent der Jugendlichen mit Netzzugang) – vor allem jüngere männliche Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien – verbringen ihre Zeit im Netz hauptsächlich mit Computerspielen. *Digitale Netzwerker* (25 Prozent) – vor allem jüngere weibliche Jugendliche – nutzen vor allem die sozialen Netzwerke (Facebook, StudiVZ). Für *Funktions-User* (17 Prozent) – eher ältere weibliche Jugendliche – ist das Internet Mittel zum Zweck: Sie gebrauchen es für Informationen, E-Mails und Einkäufe von zu Hause aus. Die *Multi-User* (34 Prozent) – eher ältere männliche Jugendliche aus den oberen Schichten – nutzen schließlich die gesamte Bandbreite des Netzes mit all seinen Funktionalitäten.

Interesse an Politik

Auch wenn das politische Interesse bei Jugendlichen weiterhin deutlich unter dem Niveau der 1970er und 1980er Jahre liegt, ist der Anteil der politisch Interessierten im Vergleich zu 2002 und 2006 wieder leicht angestiegen. Dieser leichte Anstieg ist zum einen auf die mittleren und gehobenen Schichten und zum anderen auf die Jüngeren zurückzuführen. Bei den 12- bis 14-jährigen ist das Interesse von 11 Prozent in 2002 auf mittlerweile 21 Prozent gestiegen. Und auch bei den 15- bis 17-jährigen gab es eine positive Trendwende: In 2002 waren in dieser Gruppe 20 Prozent politisch interessiert, heute sind es 33 Prozent. Kein Anstieg ist hingegen bei den Jugendlichen im Alter von 18 bis 25 Jahren zu verzeichnen.

Das Vertrauen in Institutionen ist überwiegend stabil, jedoch ist neben einer Politik-/Parteienverdrossenheit (nur 17 Prozent können sich vorstellen, in Parteien oder poli-

tischen Organisationen mitzuwirken) ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber Wirtschaft und Finanzen feststellbar.

Mehr soziales Engagement

Im Vergleich zu den Vorjahren sind immer mehr Jugendliche sozial engagiert: 39 Prozent setzen sich häufig für soziale oder gesellschaftliche Zwecke ein. Auch hier zeigen sich soziale Unterschiede. Aktivität und Engagement sind bildungs- und schichtabhängig. Je gebildeter und privilegierter die Jugendlichen sind, desto häufiger sind sie im Alltag aktiv für den guten Zweck.

Probleme: Alternde Gesellschaft und Klimawandel

Die alternde Gesellschaft in Deutschland betrachten Jugendliche auch weiterhin als Problem. Mehr als die Hälfte sehen das Verhältnis zwischen Jung und Alt als eher angespannt an. Dennoch zeigen immer mehr Jugendliche Respekt vor der älteren Generation und Verständnis für deren Lebensweise. Das zeigt sich auch bei der Frage nach der Verteilung des Wohlstands zwischen Jung und Alt. 47 Prozent der Jugendlichen sind der Meinung, diese sei gerecht. Nur noch 25 Prozent fordern, dass die Älteren ihre Ansprüche reduzieren sollen.

Ein Thema, das Jugendliche heutzutage besonders stark beunruhigt, ist der Klimawandel. 76 Prozent halten ihn für ein großes oder sogar sehr großes Problem. Sogar zwei von drei Jugendlichen sehen durch das sich verändernde Klima die Existenz der Menschheit bedroht. Ein Teil der Jugendlichen zieht inzwischen persönliche Konsequenzen und achtet auf ein umweltbewusstes Verhalten. Immerhin jeder zweite spart im Alltag bewusst Energie, 44 Prozent versuchen, häufiger mit dem Fahrrad zu fahren und das Auto stehen zu lassen, und 39 Prozent entscheiden sich für ein kleineres Auto mit geringerem Verbrauch.

Pragmatisch und unangepasst

Die Werte und Lebenseinstellungen von Jugendlichen sind weiterhin pragmatisch: Der persönliche Erfolg in einer Leistungs- und Konsumgesellschaft ist für Jugendliche von großer Wichtigkeit. Leistung ist jedoch nicht alles: Auch wenn Fleiß und Ehrgeiz für 60 Prozent der Jugendlichen hoch im Kurs stehen, darf der Spaß nicht zu kurz kommen: 57 Prozent wollen ihr Leben intensiv genießen. Optimistisch und mit ihrer Lebenssituation zufrieden, geht es ihnen nicht nur um das persönliche Vorankommen, sondern auch darum, ihr soziales Umfeld aus Familie, Freunden und Bekannten zu pflegen. Viele interessieren sich dafür, was in der Gesellschaft vor sich geht. 70 Prozent finden, man müsse sich gegen Missstände in Arbeitswelt und Gesellschaft zur Wehr setzen.

2.3. Empfehlungen der Autoren der Shell Jugendstudie

Als Konsequenz aus den Ergebnissen werden von den Autorinnen und Autoren folgende Empfehlungen an die verschiedenen Politikbereiche ausgesprochen:

- Gefordert wird eine integrierte, ressortübergreifende Jugend-, Familien- und Bildungspolitik, die zu einer Stärkung des Potentials der gesamten jungen Generation beitragen soll.
- Betont wird die zentrale Rolle der Schule, für die grundlegende Reformen der Schul- und Unterrichtsstruktur sowie länderübergreifende Regelungen für

schulische Rahmenbedingungen und die Lehramtsausbildung gefordert werden.

- Jugendpolitik steht vor der Aufgabe, auf die Bewältigung von gesellschaftlicher Komplexität vorzubereiten, sie ist als eine Art „Lebensplanungshilfe“ zu konzipieren. Dabei sollen die Chancen auch für die Gruppe der Benachteiligten verbessert werden.
- Es wird angeregt, über die Einführung einer finanziellen Grundsicherung für alle jungen Menschen nachzudenken, dieses sollte mit der Einführung eines neuen gemeinwohlorientierten Dienstes als Angebot für alle jungen Menschen verbunden werden.
- Als wichtig wird die Ermöglichung von Partizipation dargestellt; in diesem Kontext wird die Absenkung des Mindestwahlalters vorgeschlagen.
- Ein besonderer Handlungsbedarf im Hinblick auf Bildung und Selbstmanagement wird bei den männlichen Jugendlichen gesehen. In diesem Kontext bleibt auch die Gewaltprävention ein zentrales Thema.
- Jugendmedienpolitik sollte neben den präventiven, Schutz gebenden Aktivitäten auch die Medienkompetenz stärken und den produktiven, Kreativität fördernden Umgang mit Medien fördern.
- Durch geeignete Maßnahmen soll die Politik die Familiengründung und den Kinderwunsch unterstützen.

3. Herausforderungen für die Landesregierung

Chancengerechtigkeit und Entwicklungsperspektiven für die heranwachsende Generation in Schleswig-Holstein zu ermöglichen, sind die großen Herausforderungen der Gegenwart. Die Ergebnisse der Shell Jugendstudie 2010 bestätigen den Handlungsbedarf erneut.

Um diesen Anspruch auf Chancengerechtigkeit umzusetzen, trägt die Landesregierung dazu bei, die politischen, gesellschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen für junge Menschen zu verbessern und der jungen Generation Optionen für ihre Zukunft zu eröffnen. Sie nimmt vor allem auch die jungen Menschen in den Blick, deren Lebenslagen durch soziale und andere Teilhabebeschränkungen gekennzeichnet sind und deren Zukunftschancen ohne Ausgleich deutlich eingeschränkt wären.

Mit ihren jugendpolitischen Schwerpunkten schafft die Landesregierung daher für alle Kinder und Jugendlichen die Voraussetzung für gleichberechtigte Zugänge zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe und wirkt so Benachteiligungen entgegen. Dabei steht u.a. die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule mit ihren Ressourcen und Kompetenzen im Mittelpunkt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die berufliche Integration von Jugendlichen – insbesondere derjenigen mit besonderem Förderbedarf – durch das Bündnis für Ausbildung, das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt sowie weitere unterstützende Maßnahmen.

Die ganzheitliche Entwicklung und Bildung junger Menschen wird u.a. durch die Förderung von Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendfreizeiten sowie Sport unterstützt.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen Entscheidungen und Diskussionen sowie die Mitgestaltung ihrer Lebensorte ist ein zentrales Leitbild der Jugendpolitik. Der Erhalt von Beteiligungsmöglichkeiten und die Erprobung neuer Beteiligungsformen werden auch zukünftig unterstützt.

Die Landesregierung hat gemeinsam mit ihren Partnern konzeptionelle, fachliche und organisatorische Antworten auf die genannten Herausforderungen entwickelt und setzt diese erfolgreich um.

3.1 Förderung in Kita und Schule

Seit der ersten Veröffentlichung der Ergebnisse der PISA-Studien im Jahr 2001, auf die in der Shell Jugendstudie Bezug genommen wird, ist die individuelle Förderung von Kindern in den Mittelpunkt der Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen und Schulen gerückt worden, um den Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialer Herkunft aufzulösen. Die Weichen wurden entsprechend neu gestellt.

Mit einer Novellierung des Kindertagesstättengesetzes (KiTaG) 2006 hat das Land Schleswig-Holstein den **Bildungsauftrag für die Kindertageseinrichtungen** neu beschrieben und präzisiert. Erläuternd zum KiTaG wurden die Leitlinien zum Bildungsauftrag entwickelt, um die Prozesse der Qualitätsentwicklung in den Kindertagesstätten, die Bildungsarbeit und die Umsetzung des Bildungsauftrages zu befördern.

Die Arbeit in den Kindertagesstätten ist dadurch geprägt, dass sie die Kinder gemeinsam und individuell in Gruppen fördert, die in der Regel altersgemischt sind. Kitas haben nach dem Gesetz den Auftrag, „Behinderungen, Beeinträchtigungen und Benachteiligungen eines Kindes“ durch „gemeinsame Erziehung aller Kinder und durch individuelle Hilfe“ auszugleichen oder zu verringern (§ 4 Abs. 4 KiTaG). Zudem sollen sie „die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen, von Kindern mit unterschiedlichen Fähigkeiten und von unterschiedlicher sozialer Herkunft sowie das Zusammenleben von Kindern unterschiedlicher nationaler und kultureller Herkunft fördern. Behinderte und nicht behinderte Kinder sollen ... gemeinsam gefördert werden.“ (§ 5 Abs. 8 und 9 KiTaG).

Vor dem Hintergrund, dass die Voraussetzungen für eine Mitarbeit in der Schule um so erfolgreicher sind, je besser die Sprach- und Sprechentwicklung im Elementarbereich gelingt, wurde in Schleswig-Holstein das „**Integrative Sprachförderkonzept**“ entwickelt. Darin wird erstmals die Arbeit der an der Sprachförderung beteiligten Institutionen und Personen zu einem Netzwerk verknüpft. Alle Förderelemente von der Sprachbildung bis hin zur sprachheilpädagogischen Förderung sind in ein erweitertes

Gesamtkonzept integriert, das nicht nach Zuständigkeiten trennt, sondern die Sprachförderung als Ganzes begreift.

Von Seiten der Kindertageseinrichtungen wird der Übergang zur Grundschule frühzeitig vorbereitet und begleitet. Die Kitas arbeiten eng mit den Grundschulen in ihrem Umfeld zusammen und treffen zur Gestaltung des Übergangs verbindliche Vereinbarungen mit den Schulen (§ 5 Abs. 6 KiTaG). Der „Beobachtungsbogen zur Erstellung eines **Entwicklungsprofils** zum Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule“, in dem Beobachtungen und Anmerkungen der Kita dokumentiert werden, dient - unter Berücksichtigung der geltenden Bestimmungen zum Datenschutz - dazu, die Bildungs- und Entwicklungsverläufe der Kinder kontinuierlich zu begleiten und dabei individuelle Fördermöglichkeiten aufzuzeigen.

Mit dem **Projekt „Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen - den Übergang gestalten“** von MBK und IQSH werden seit 2008 zudem KiTas und Grundschulen eines Einzugsgebietes in Form von moderierten Gesprächen sowie durch Fortbildungen für die Leitungskräfte von Kitas und Grundschulen in der Entwicklung ihrer Zusammenarbeit unterstützt. Zusätzlich wird die Qualifikationsmaßnahme „**Lernlotse**“ - Kindliche Bildungs- und Lernprozesse individuell begleiten“ vom MBK gefördert, die sich an Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte von Grundschulen richtet.

Im Rahmen eines **Modellversuchs**, den das MBK mit dem Kreis Dithmarschen und der Hansestadt Lübeck zum Frühjahr 2011 umsetzen wird, sollen darüber hinaus **für sozial benachteiligte oder von einer Benachteiligung bedrohte Kinder**, die in einem schwierigen sozialen Umfeld leben, bessere Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulstart geschaffen werden. Es ist vorgesehen, die Förderkonzepte, die im Rahmen dieses Modellvorhabens entwickelt werden, nach Ablauf der Modellphase auf andere Regionen des Landes zu übertragen. Einen wesentlichen Bestandteil des Konzepts bildet die regelhafte, enge Kooperation zwischen Jugendhilfe (insbesondere Kindertagesbetreuung, Hilfe zur Erziehung) und Schule bzw. Jugend- und Schulamt sowie anderen Institutionen, die sich der Förderung von Kindern und Familien widmen.

Die schleswig-holsteinischen **Grundschulen** haben sich in den letzten Jahren mehr und mehr zu einem von individueller Förderung geprägten Lern- und Lebensraum für Kinder entwickelt. So können Kinder entsprechend ihrer Lern- und Leistungsfähigkeit die Eingangsphase der Grundschule in einem, zwei oder in drei Schuljahren durchlaufen. Zudem sind seit dem Schuljahr 2007/08 alle Grundschulen in Schleswig-Holstein verlässlich. Innerhalb eines täglichen verlässlichen Zeitrahmens werden kindgerechte pädagogische Ansätze realisiert. An 255 Grundschulen gibt es darüber hinaus zusätzliche, vom Land finanziell geförderte Betreuungsangebote, um es den Eltern zu erleichtern, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren.

Mit dem Schulgesetz von 2007 ist die **Förderung der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers** zum durchgängigen Unterrichtsprinzip in allen Schulen erklärt worden. Jede Schülerin, jeder Schüler soll mit anderen gemeinsam und auch durch sie gefördert werden. Der Unterricht soll anknüpfen an die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, Verstehenshorizonte und Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler und differenzierte Wege für ein begabungs- und interessengerechtes Lernen bie-

ten. Jede Schülerin und jeder Schüler hat damit nach dem Gesetz das Recht, als Person und Individuum wahrgenommen, anerkannt, geschätzt und gefördert zu werden. Unterschiede in den Begabungen, Neigungen und Interessen, im Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten sind als individuelle Entwicklungschance und als Entwicklungschancen für die Lerngruppe insgesamt zu begreifen; sie bilden die Grundlage für die Gestaltung eines differenzierten Lernangebots und einen binnendifferenzierenden Unterricht.

Entsprechend wurde 2007 durch die Einführung der Gemeinschafts- und Regional- schulen eine **veränderte Schulstruktur** in Schleswig-Holstein etabliert, mit der zu frühe Festlegungen vermieden werden sollen und die Sammlung leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler in der Schulart Hauptschule abgeschafft wurde, um die Chancen auf Bildungserfolge dieser Kinder zu erhöhen.

Wird **intensivere Unterstützung** erforderlich, dann stehen die Lehrkräfte der **Förderzentren** des Landes zur Beratung und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern und Lehrkräfte zur Verfügung. Im Sinne von inklusiver Bildung unterrichten sie im Team in den allgemein bildenden Schulen, sorgen für Hilfsmittel, spezielle Lehr- und Lernmittel und helfen, die Schulen barrierefrei zu gestalten. Falls erforderlich und von den Eltern gewünscht, können die Schülerinnen und Schüler auch in den Förderzentren selbst zeitweilig oder für längere Zeit unterrichtet werden. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass gem. Art. 24 der „UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ schleswig-holsteinische Kinder und Jugendliche mit Behinderungen einen fachlich qualitativ hochwertigen Unterricht mehr und mehr, inzwischen überwiegend, in allgemeinen Schulen erfahren.

Das Schulgesetz wurde begleitet von einer Fortbildungsoffensive für die Lehrkräfte, um sie noch besser in die Lage zu versetzen, diesen Ansprüchen zu genügen.

Den schulischen Bildungsauftrag ergänzen und unterstützen die Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote der **Offenen Ganztagschulen**. Sie entwickeln durch die Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe sowie weiteren außerschulischen Partnern ein neues Verständnis von Schule, erhöhen die Bildungschancen junger Menschen, fördern deren individuelle Fähigkeiten und Neigungen und bauen Benachteiligungen ab. In Folge des Bundesprogramms „Investition Zukunft Bildung und Betreuung“ und mit Unterstützung des Landes sowie der Schulträger ist die Zahl der Offenen Ganztagschulen in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen: von 23 vor dem Jahr 2003 auf 430 im Schuljahr 2010/11. Während im Schuljahr 2001/02 noch keine Landesmittel zur Verfügung standen, werden Offene Ganztagschulen seit 2003 landesseitig aufwachsend gefördert. Seit dem Schuljahr 2010/11 kann diese Unterstützung für Ganztagsangebote von Schulen aller Schularten in Anspruch genommen werden. Über die Angebote der Offenen Ganztagschule - von Hausaufgabenhilfe über Bewegung, Spiel und Sport, Berufsorientierung oder musische und künstlerische Kurse - entscheiden die Beteiligten vor Ort. Für einzelne Schülerinnen und Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf kann die Schule die Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen im Rahmen des Ganztagsangebots gemäß § 6 Abs. 2 Satz 2 SchulG für verbindlich erklären und so dazu beitragen, die individuellen Bildungschancen zu verbessern.

Zusätzlich zu den bestehenden 23 gebundenen Ganztagschulen haben zum Schuljahr 2009/10 und 2010/11 **zehn neue gebundene Ganztagschulen** den Betrieb aufgenommen, die an Standorten mit hohem Förderbedarf eingerichtet worden sind; es handelt sich dabei um Schulen mit überdurchschnittlichem Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund.

Landesweit existieren damit 463 Offene und gebundene Ganztagschulen, so dass etwa die Hälfte aller Schulen ein erweitertes Erziehungs- und Bildungsangebot vorhält.

3.2 Unterstützung kommunaler Bildungsvernetzung

Bildung ist ein wesentlicher Faktor sowohl für die Förderung der Potentiale des Individuums als auch für die Entwicklung in Stadt und Gemeinde. In der aktuellen bildungspolitischen und sozialen Debatte spielt daher der Ansatz der kommunalen Bildungsvernetzung - auch lokale Bildungspartnerschaft oder -landschaft genannt - eine zukunftsweisende Rolle.

„**Lokale Bildungspartnerschaft**“ meint ein öffentlich verantwortetes Netzwerk von Partnern in der Kommune bzw. im Sozialraum, in der bzw. in dem Betreuung, Erziehung und Bildung eng miteinander verzahnt sind. Im Idealfall gehört dazu eine integrierte kommunale Fachplanung; d.h. die Schulentwicklungsplanung ist mit der Jugendhilfeplanung und der Sozial- und Raumplanung verzahnt. Es entsteht ein lokal verantwortetes, kommunales Bildungsnetzwerk unter Mitwirkung der beteiligten Institutionen, Einrichtungen, Firmen usw., deren Ansprechpartner und -partnerinnen untereinander bekannt sind, die sich regelmäßig informieren und abstimmen. Die Partnerschaften entwickeln sich individuell nach den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten.

Ziel dieser lokalen Bildungspartnerschaften ist es u.a., Bildungsbenachteiligung und bildungsbiografischen Brüchen frühzeitig und institutionsübergreifend entgegenzuwirken. Ursächlich für das Interesse von Kommunen an aktiver Bildungsgestaltung ist zum einen, dass Bildung zunehmend zum Standortfaktor für sie selbst, die Wirtschaft und die Wohnortentscheidungen von Familien wird, zum anderen, dass sie die Folgen fehlgeschlagener Bildungsbemühungen durch Sozialleistungen abzufedern haben.

Es gilt also, die bildungsbiografischen Übergänge erfolgreich zu gestalten, Schulverlassen und Schulverweigerung vorzubeugen und allen Kindern und Jugendlichen in der Kommune, im Sozialraum attraktive und erfolgreiche Bildung zu ermöglichen. Ausgangspunkte dieser Initiativen sind häufig die Ganztagschulen, denn oft handelt es sich um die Weiterentwicklung der vor Ort bereits bestehenden und erprobten Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und weiteren Partnern.

Verantwortliche aus den Städten, Kommunen und Schulen in Schleswig-Holstein standen dem Vernetzungs- und Steuerungsgedanken, der Lokalen Bildungspartnerschaften zugrunde liegt, von Anfang an aufgeschlossen gegenüber.

Das Sozialministerium hat die Stadt Bad Bramstedt nebst Umland bereits 2006 in ihren Bemühungen um Bildungsvernetzung im Gemeinwesen unterstützt. Diese Aktivitäten mündeten 2007 in eine erfolgreiche Bewerbung für das Programm „Lebens-

welt Schule“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) und der Jacobs Foundation.

Erfolgreiche Praxisbeispiele aus der Stadt Flensburg, aus Bad Bramstedt und der Gemeinde Büchen haben auf dem Ganztagsschulkongress 2007 in Berlin die vielfältigen Ansätze zu Bildungspartnerschaften in Schleswig-Holstein repräsentiert. Für das Programm „Lernen vor Ort“ (2009-2013) des Bundesbildungsministeriums konnte sich die Hansestadt Lübeck qualifizieren.

Auf Initiative des Sozialministeriums wurde 2009 in enger Abstimmung mit dem MBK, den Kommunalen Landesverbänden und in Kooperation mit der Serviceagentur „Ganztägig lernen“ Schleswig-Holstein für die Förderung weiterer lokaler Ansätze das Programm „**Bildungslandschaften zwischen den Meeren- Bildung lokal verantworten**“ konzipiert. Ziel ist es, durch Prozessbegleitung und -moderation vor Ort die Vernetzungsbemühungen von drei (Modell-) Kommunen bzw. Städten über einen Zeitraum von eineinhalb Jahren professionell zu unterstützen und voranzubringen. Als Standorte wurden die Gemeinde Satrup, das Amt Bordesholm und die Stadt Wedel ausgewählt.

Die Erfolge vor Ort sprechen für sich, Anfang 2011 fließen die Erkenntnisse über Gelingensbedingungen kommunaler Bildungsnetzwerke in eine Handlungsempfehlung ein. Die Unterstützung durch „Know-how“ (Moderation, Prozessbegleitung, Netzwerkmanagement) ist Ziel führend und hat sich bewährt, so entstehen vor Ort eigenständige, nachhaltige Lösungen. Das Programm soll ab 2011 an drei weiteren Standorten mit einem erweiterten Schwerpunkt (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) fortgeführt werden.

3.3 Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf gestalten

3.3.1 Allgemeiner Trend

Nach der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat sich der Arbeitsmarkt in Deutschland und insbesondere auch in Schleswig-Holstein erstaunlich schnell und nachhaltig erholt.

Aktuell (November 2010) gibt es in Schleswig-Holstein 98.900 Arbeitslose. Die Zahl ist damit so niedrig wie zuletzt im November 1992. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Arbeitslosigkeit um 5,9 Prozent oder 6.200 Personen zurückgegangen.

Auch im Bundesvergleich steht Schleswig-Holstein sehr gut da. Die Arbeitslosenquote von 6,9 Prozent ist neben der von Niedersachsen (auch 6,9 Prozent) die niedrigste aller norddeutschen Länder, bundesweit bedeutet das Platz fünf.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren hat im Vorjahresvergleich um 16,8 Prozent abgenommen und auch die weiteren Perspektiven sind gut. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird das Erwerbspersonenpotenzial in den nächsten Jahren deutlich sinken. Dies wird die Jobchancen für die nachwachsende Generation eindeutig verbessern. Allerdings können diese Chancen nur dann erfolgreich genutzt werden, wenn die Jugendlichen mindestens über einen Schulabschluss und eine hinreichende Ausbildungs- und Berufsfähigkeit verfügen. Denn während der

Bedarf an qualifizierten Fachkräften und Akademikern steigt, wird das Arbeitsplatzangebot für Geringqualifizierte sinken.

3.3.2 Das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt

Wie bereits in der Einleitung dargelegt, bestätigt die aktuelle Shell Jugendstudie den Zusammenhang zwischen schulischem Erfolg, sozialer Herkunft und erfolgreichem Übergang in Ausbildung und Beruf. Die bereits in den letzten Shell Jugendstudien festgestellte Kluft zwischen den sozialen Milieus hat sich eher noch vertieft.

Die Landesregierung wirkt dieser negativen Entwicklung wie folgt entgegen: Das **Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt** wurde in ressortübergreifender Zusammenarbeit der Landesministerien für Bildung und für Arbeit entwickelt, um genau diesen Jugendlichen bereits in der Schule eine Perspektive für Ausbildung und Arbeit zu eröffnen. Es wird in der ESF-Förderperiode 2007-2013 im Rahmen des Zukunftsprogramms Arbeit umgesetzt.

Die Schlüsselqualifikation Hauptschulabschluss ist für die betroffenen Jugendlichen allein keine Garantie für einen gelingenden Start ins Arbeitsleben. Das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt soll ihnen neben einem erfolgreichen Schulabschluss auch die für die Aufnahme einer Ausbildung oder einer Erwerbstätigkeit notwendige Ausbildungsreife und Beschäftigungsfähigkeit vermitteln. Die Berufsorientierung an Schulen wird verstärkt. Das Konzept erfasst Schülerinnen und Schüler, welche an allgemein bildenden Schulen (ab der 8. Klasse) auf den Hauptschulabschluss vorbereitet werden oder Förderzentren besuchen, sowie berufsschulpflichtige Jugendliche, die sich in keinem anderen (Aus-) Bildungsgang oder in keiner Bildungsmaßnahme befinden. Die teilnehmenden Jugendlichen haben ohne zusätzliche Förderung keine oder nur geringe Chancen, ihren Hauptschulabschluss zu erreichen, um eine Ausbildung oder weiterführende Schule erfolgreich zu absolvieren.

Strukturell wird dies getragen durch die Weiterentwicklung und Verbesserung der Rahmenbedingungen und Unterstützungsstrukturen, damit alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger sich Zugänge zu einer qualifizierten Berufsausbildung erschließen können. Tragendes Element für den Aufbau und die Weiterentwicklung regionaler Verantwortungsgemeinschaften ist die Kooperation von Schule und Bildungsträgern, deren Ausgangspunkt in den regionalen Steuerungsgremien des Handlungskonzepts Schule & Arbeitswelt liegt. Durch die regionalen Steuerungsgremien werden bestehende regionale Netzwerke gestärkt bzw. neue Strukturen der Zusammenarbeit aller regionalen Akteure aufgebaut.

Den **organisatorischen Rahmen** bilden dabei zum einen die so genannte Flexible Übergangsphase, (3- statt 2 jährigen Lernzeitraums) an Schulen, die zum Hauptschulabschluss (HSA) führen, die Förderzentren mit Förderschwerpunkt Lernen (FöZ) und die Berufseingangsklassen an den Beruflichen Schulen (BEK). Dabei liegen die Aktivitäten vor allem in den **Handlungsfeldern Coaching, Kompetenzfeststellungen, Berufsfelderprobungen und Qualifizierungsbausteine**.

Das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt sieht neben begleitenden, landesweit organisierten Qualifizierungen für das eingesetzte Personal (z.B. Coaching-Fachkräfte) auch die Förderung der Systementwicklung für den Aufbau von Koordinierungsstrukturen vor Ort vor.

Die Aktivitäten des Landes und der schleswig-holsteinischen Wirtschaft - z. B. das **Bündnis für Ausbildung** und die **Landespartnerschaft Schule und Wirtschaft** - und das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt tragen gemeinsam zu einer Verbesserung der Ausbildungs- und Bewerbersituation bei und erhöhen nachhaltig die Chancen für betroffene Jugendliche, den angestrebten Berufswunsch zu verwirklichen.

Nachfolgend sind einige Schlaglichter des Verbleibs von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Handlungskonzeptes aufgelistet:

Verbleib aus der **Flexiblen Übergangsphase** aus dem Schuljahr 2009/2010:

Hauptschulabschluss	87,2% (643) HSA		12,8% (95) kein HSA	
davon mit sonderpäd. Förderung	18,16% (134)		4,61% (34)	
davon ohne sonderpäd. Förderung		69% (509)		8,27% (61)
Ausbildung	23,44% (173)		0,14% (1)	
weiterf. Schule	24,25% (179)		-	
BVB/EQ	20,73% (153)		5,42% (40)	
AVJ	5,96% (44)		2,44% (18)	
Verbleib n. geklärt	8,40% (62)		2,30% (17)	
sonst. Verbleib	4,32% (32)		2,57% (19)	

Es wird deutlich, dass 87,2% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Flexiblen Übergangsphase mit einem Hauptschulabschluss abschlossen, welchen sie ohne Förderung nicht erreicht hätten.

Fast die Hälfte bekam einen Ausbildungsplatz oder besuchte eine weiterführende Schule.

Aus dem Bericht der Landesregierung zum **Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt** vom 03.05.2010, Drs.-Nr.: 17/450, geht über den Verbleib der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Handlungskonzeptes aus dem Förderzeitraum 01.08.2007-31.04.2009 Folgendes hervor:

Summe Aus- und weitere Schulbildung	1995 (34,4%)
Summe Übergangsmaßnahme	2024 (34,9%)

Wiederum wird erkennbar, dass 34,4% der Jugendlichen eine reelle Chance für einen gelingenden Start ins Arbeitsleben durch die Förderung erhielten und sich für 34,9% diese deutlich erhöht hat.

Neben den Vorhaben zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen im Rahmen des Handlungskonzeptes Schule & Arbeitswelt wird das spezifische Ziel der Förderung durch **Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Integrationschancen von benachteiligten jungen Menschen unter 25 Jahren** verfolgt. Mit diesen Trainingsmaßnahmen sollen das Erreichen oder die Verbesserung einer Grundqualifikation von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen gefördert werden, die die Aufnahme einer weiterführenden Qualifizierung wie zum Beispiel einer berufsvorbereitenden Bildungsmaß-

nahme, einer Ausbildung oder einer Erwerbstätigkeit im Sinne präventiver Arbeitsmarktpolitik unterstützt.

Die Herausforderung bleibt weiterhin bestehen, jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft Zugang zu Bildung und einer optimistischen Zukunftsplanung zu ermöglichen.

3.3.3 Weitere Maßnahmen

Ziel der Bündnispartner im **Bündnis für Ausbildung** ist, durch gemeinsames öffentliches Werben und intensive Berufsfrühorientierung einen größeren Anteil der Schulabgänger in das Berufsbildungssystem zu integrieren und den Bedarf an Maßnahmen des Übergangsystems deutlich zu senken. Eine der Maßnahmen im Rahmen dieses Bündnisses ist die im Oktober 2006 durch die Bündnispartner abgeschlossene **Landespartnerschaft Schule und Wirtschaft**. Diese verfolgt das Ziel, die Berufs- und Studienwahlkompetenz und den Übergang von der Schule in die Ausbildung bzw. das Studium zu verbessern, die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben zu fördern sowie die nachhaltige Kooperation von Schulen, Hochschulen und Betrieben zu unterstützen.

- **Schulische Berufsorientierung**

Die Kreisfachberaterinnen und -berater für Berufsorientierung koordinieren die regionalen Aktivitäten der Haupt-, Real-, Regional- und Gemeinschaftsschulen in diesem Bereich, bilden Lehrkräfte fort und sind wesentliche Kooperationspartner der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Unternehmensverbände. Für die Gymnasien werden diese Aufgaben von den Koordinator/innen Schule/Wirtschaft wahrgenommen. Berufsorientierung ist eine Querschnittsaufgabe und damit grundsätzlich Aufgabe aller Lehrkräfte. Innerhalb einer Schule wird diese Arbeit durch den/die jeweilige/n Schulbeauftragte/n für Berufsorientierung gesteuert. Die Lehrkräfte begleiten und fördern die Persönlichkeitsentwicklung, die Berufswahlfähigkeit sowie die Ausbildungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen. Die schulamtsgebundenen Schulen in Schleswig-Holstein setzen dies mit regional unterschiedlichen Schwerpunkten im Wesentlichen mit den folgenden Maßnahmen um: Praktika für Schüler/innen und Lehrkräfte, Durchführung und Auswertung von Kompetenzfeststellungs- und Testverfahren, Bewerbungstrainings, Einsatz von JOBLAB (Multimediaprogramm zur Berufsfindung, das u.a. durch das BMBF, die BA und aus dem ESF finanziert wird). Diese Maßnahmen sollen vor allem auch durch einen Berufswahlpass strukturiert und dokumentiert werden.

- **Regionale Fachberatung Schule-Betrieb**

Als gemeinsames Projekt von Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Wirtschaftsministerium sind zur besseren Berufsorientierung und Vermittlung der Anforderungen der Betriebe an drei Standorten Beraterinnen sehr erfolgreich tätig. Sie initiieren Kooperationen von Schulen und Betrieben vor Ort und beraten bei der Gestaltung entsprechender Vereinbarungen. Seit Beginn des Projektes wurden landesweit über 500 konkrete Kooperationsvereinbarungen geschlossen. Durch die Kooperation mit Betrieben sollen gerade für Jugendliche aus sozial schwachen Haushalten Informationen über die Berufswelt veranschaulicht und der Zugang zum Arbeitsleben erleichtert werden.

- **Ausbildung und Integration für Migranten – AIM**

Das Wirtschaftsministerium fördert das Projekt AIM der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V. (TGS-H), das eine verbesserte Berufsorientierung und höhere Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln zum Ziel hat. Da es in der Türkei lediglich ein System des „Anlernens“ gibt, ist die Sensibilisierung von Eltern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für die Bedeutung einer dualen Berufsausbildung für eine erfolgreiche Integration in den deutschen Arbeitsmarkt wichtig. Neben der „Familienarbeit“ stehen die Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter, die aus demselben Kulturkreis stammen, in den Büros in Lübeck und Elmshorn für sämtliche Fragen rund um die Berufsausbildung zur Verfügung und betreuen darüber hinaus ausbildende Migrantenbetriebe während der gesamten Lehrzeit.

- **Projekt Teilzeitausbildung**

Fünf Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter akquirieren landesweit Ausbildungsplätze in Teilzeit, um jungen Eltern, insbesondere Alleinerziehenden oder in Pflege eingebundenen Familienmitgliedern trotz der privaten Belastungen eine erfolgreiche Berufsausbildung zu ermöglichen. Gleichzeitig werden an einer Teilzeitausbildung interessierte Jugendliche beraten und mit Modellen zur Ausgestaltung des Ausbildungsablaufs vertraut gemacht. Aufgrund der hohen Motivation und größeren Lebenserfahrung der Auszubildenden stellt das Teilzeitmodell auch für Betriebe eine attraktive Lösung dar. Das Wirtschaftsministerium fördert dieses Projekt aus dem Zukunftsprogramm Arbeit.

- **Girls' Day**

Erste Weichen für das Berufswahlverhalten werden in der Schule gestellt. Seit 2001 findet in Deutschland jeweils an einem Donnerstag im April der „Girls' Day“ statt, der Mädchen abseits der häufig gewählten Berufe einen Einblick in technische, handwerkliche oder naturwissenschaftliche Bereiche ermöglicht. Die schleswig-holsteinischen Schulen beschließen die Teilnahme am Girls' Day im Rahmen einer Schulkonferenz. Im Jahr 2010 standen bei über 75 Unternehmen mit 386 Veranstaltungen mehr als 2900 Plätze für Mädchen und Frauen in Schleswig-Holstein zur Verfügung.

- **Initiative „Neue Wege für Jungs“**

Bundesweit gibt es die Initiative „Neue Wege für Jungs“, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Ziel dieser Initiative ist es, Jungen verstärkt die Möglichkeit zu bieten, ein geändertes Rollenverhalten und Chancengleichheit als persönlichen Gewinn für ihr späteres Leben zu erfahren und eine größere soziale Kompetenz zu vermitteln.

- **Ausbildungsplatzakquisition in Schleswig-Holstein**

Durch die hohe Fluktuation unter den Ausbildungsbetrieben muss deren Bestand gehalten und wo möglich ausgebaut werden. Dafür betreuen Ausbildungsplatzakquisiteurinnen und Ausbildungsplatzakquisiteure ausbildungswillige Betriebe, werben Ausbildungsplätze ein und leisten bei deren Besetzung Hilfestellung. Diese Maßnahme beinhaltet auch die gezielte Ansprache von Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern ausländischer Herkunft möglichst durch Akquisiteurinnen und Akquisiteure des gleichen Kulturkreises, um über das duale Ausbildungssystem zu informieren. Zudem sollen hier auch Hilfestellung bei der Prüfung von Möglichkeiten der be-

rufflichen Ausbildung und Unterstützung bei den bürokratischen Maßnahmen zur Einrichtung eines Ausbildungsplatzes gewährt werden.

- **Regionale Ausbildungsbetreuung**

Häufig sind Probleme nicht mit der Aufnahme einer Ausbildung aus der Welt, sondern beginnen dann erst. Sollte es zwischen Auszubildendem und Betrieb zu Konflikten kommen, so dass ein Abbruch der Lehre zu befürchten ist oder bereits erfolgte, stehen landesweit an 12 Standorten Regionale Ausbildungsbetreuerinnen und Ausbildungsbetreuer als neutrale Vermittler zur Verfügung. Ziel ihrer Beratungsarbeit ist es, Jugendliche in Ausbildung zu halten bzw. in das duale Berufsausbildungssystem zu reintegrieren. Auch dieses Projekt ist Teil des Zukunftsprogramms Arbeit.

3.4. Teilhabekonzepte der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

3.4.1. Kinder- und Jugendarbeit

Angebote der **Kinder- und Jugendarbeit** richten sich auf Grund des gesetzlichen Auftrags im SGB VIII grundsätzlich an alle Kinder und Jugendlichen. Bei der Konzipierung von Angeboten berücksichtigen sie die Lebenslagen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen.

Die Angebote der **Offenen Kinder- und Jugendarbeit** bieten Rahmenbedingungen, die den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen nach Selbstverwirklichung und Selbstbildung, Anerkennung, Geselligkeit, Geborgenheit und Erlebnis entgegen kommen. Die niedrighschwelligigen, unverbindlichen Angebotsformen enthalten eine besondere Option mit Blick auf benachteiligte junge Menschen sowie Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien und unterschiedlichen Herkunftskulturen. Damit entfalten sie auch eine integrative Wirkung. Dies trifft auch auf geschlechtsspezifische Angebote und Maßnahmen zu.

Das Land Schleswig-Holstein fördert die landesweit tätigen **Jugendverbände**, die für Kinder und Jugendliche aus allen Schichten Bildungs- und Freizeitangebote bereithalten. Darüber hinaus bieten sie vielfältige Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement. Das Land unterstützt - dem gesetzlichen Auftrag (SGB VIII) folgend - die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe durch finanzielle Förderung sowie durch Beratung, Fortbildungen und Fachtagungen bei der Weiterentwicklung des Handlungsfeldes.

3.4.2 Bündnis für Teilhabe

Kinder- und Jugendarmut in Deutschland hat viele Dimensionen: Sie bemisst sich nicht nur an der materiellen Ausstattung, sondern auch an den Möglichkeiten der sozialen und kulturellen Teilhabe sowie der physischen und psychischen Gesundheit. Eine wirksame Bekämpfung von Kinderarmut setzt daher einen mehrdimensionalen Ansatz voraus, der die materiellen, gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Aspekte verknüpft.

Mit der von der Bundesregierung vorgesehenen Neuregelung der SGB II und XII sollen Kinder und Jugendliche Anspruch auf folgende Leistungen erhalten: Teilhabe an Bildung mit einem Zuschuss zu einem Mittagessen in KiTa und Schule, Förderleis-

tungen/Nachhilfe in der Schule, Kostenübernahme für eintägige Schulausflüge, Gutscheine zur Wahrnehmung von Kursen außerschulischer und schulischer kultureller und sportlicher Bildung, zur Teilnahme an Freizeiten sowie ein Schulbasispaket.

Dies aufgreifend beabsichtigt die Landesregierung, gemeinsam mit den Kreisen und kreisfreien Städten, den Unternehmen sowie den Verbänden Teilhabe und Bildung für alle armen Kinder und Jugendlichen in Schleswig-Holstein zu sichern.

Dieses **Bündnis für Teilhabe** will bereits existierende Aktivitäten und Ansätze durch eine noch bessere Abstimmung und Vernetzung stärken sowie eine noch gezieltere Ausrichtung bürgerschaftlichen Engagements auf Bildung und Teilhabe junger Menschen erreichen. Auf diese Weise sollen ihre sozialen Fähigkeiten ausgebaut, ihre gesellschaftliche Integration gefördert, ihre regionale Identität gefestigt, ihre Sprachkenntnisse verbessert, ihr Bildungsniveau erhöht und ihre berufliche Integration gewährleistet werden. Erste Umsetzungsschritte sind getan, das Bündnis wird im 2. Quartal 2011 seine Arbeit aufnehmen.

3.4.3 Förderung von Familien

Das Land Schleswig-Holstein fördert im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die Personal- und Sachkosten der Familienbildungsstätten der Freien Wohlfahrtsverbände und als freiwillige, zusätzliche Leistungen weitere Einzelmaßnahmen. Im besonderen Fokus steht dabei die generelle Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz. Hierzu werden durch spezifische Bildungsmaßnahmen, Beratung und Betreuung das Wissen und die Fähigkeiten für Aufgaben in der Familie und in der Gesellschaft vermittelt.

Als herausragendes Projekt ist die in der Zeit von August 2009 bis November 2010 durchgeführte Ausbildung von Mitarbeiterinnen der Familienbildungsstätten zu so genannten ELTERN-AG-Mentorinnen zu nennen. Die „Eltern-AG“ soll die Erziehungskompetenzen sozial benachteiligter Eltern stärken, die sich den üblichen Beratungs- und Jugendhilfeangeboten verschließen. „Eltern-AG“ ist ein in Deutschland entwickelter Empowerment-Ansatz mit den Kernelementen Wissensvermittlung, Stressmanagement, soziales Lernen und den besonderen Merkmalen Niedrigschwelligkeit, Randgruppenbezug und Vorbeugung. Ziele dieser Maßnahme sind die Verbesserung der sozialen und pädagogischen elterlichen Fertigkeiten, Förderung der emotionalen, kognitiven und sozialen Entwicklung der Kinder während der ersten sieben Lebensjahre, die Verminderung von schichtspezifischen Risikofaktoren sowie die Anregung nachbarschaftlicher Elternnetzwerke. Sie trägt so zur Stärkung des pluralen Bildungs-, Beratungs- und Informationsangebots für Schwangere und Eltern bei und stellt sicher, dass Familien und Alleinerziehende zu Fragen der Partnerschaft und Ehe informiert und in ihrer Familien- und Erziehungskompetenz unterstützt werden. Darüber hinaus ist es eine gezielte thematische Erweiterung der Arbeit der Familienbildungsstätten.

Zu weiteren familienfördernden Maßnahmen wird auf die Landtagsberichte zur **Situation von Kindern und Jugendlichen bei Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl** (Drucksache 17/382) und **Früher wahrnehmen - schneller handeln - besser kooperieren - zum Wohle unserer Kinder** (Drucksache 16/830) verwiesen.

3.5. Förderung des ehrenamtlichen Engagements

Durch die 16. Shell Jugendstudie wird erneut wissenschaftlich belegt, dass junge Menschen eine hoch engagierte Bevölkerungsgruppe sind. Im Vergleich zu der letzten Erhebung aus dem Jahr 2006 ist der Anteil derjenigen, die bestätigen, für soziale oder gesellschaftliche Zwecke aktiv zu sein, um beachtenswerte sechs Prozentpunkte auf insgesamt 39 Prozent gestiegen. Wichtige Tätigkeitsfelder sind dabei z.B. der Einsatz für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, das Eintreten für die Interessen ihrer Altersgenossen, der Umwelt- oder Tierschutz, das bessere Zusammenleben mit Migrantinnen und Migranten sowie Unterstützung hilfsbedürftiger Menschen, sei es aufgrund von Alter, Behinderung oder sozialer Benachteiligung. Dieses Themenspektrum macht deutlich, dass sich jugendliches Engagement sowohl auf die Interessen der eigenen Generation als auch auf übergreifende gesellschaftliche Probleme richtet. Damit werden auch die Potenziale aufgezeigt, die in einer systematischen Förderung des freiwilligen Engagements junger Menschen liegen.

Bereits der Enquete-Bericht des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Bundestagsdrucksache 14/8900 vom 03.06.2002) zeigte auf, dass die Demokratisierung der Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen (über deren ernst gemeinte Einbindung und Beteiligung insbesondere im kommunalen, schulischen und außerschulischen Alltag) und die Heranbildung bürgerschaftlichen Engagements sich gegenseitig bedingen. Für die Förderung ehrenamtlichen Engagements ist es daher von entscheidender Bedeutung, engagementförderliche Bedingungen, Gelegenheitsstrukturen sowie Lern- und Erfahrungsräume in den Familien, im Bildungs- und Erziehungssystem sowie im kommunalen Leben zu schaffen. Die Förderung von Engagementdispositionen muss in Kindheit und früher Jugend erfolgen.

Der **Demokratiekampagne Schleswig-Holstein** liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Engagement und Teilhabe sich gegenseitig bedingen. Diejenigen, die sich in der Gesellschaft engagieren, entwickeln daraus auch das Bedürfnis und die Fähigkeit, über die sie betreffenden Angelegenheiten des öffentlichen Lebens mit zu entscheiden. Durch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Fragen der Gestaltung ihres Lebensumfelds entwickeln diese eine größere Bereitschaft, sich für die Gemeinschaft sozial und kulturell zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen.

Mit der Demokratiekampagne Schleswig-Holstein verfolgt die Landesregierung daher die Ziele,

- das Demokratieverständnis und den Erwerb politischer und sozialer Qualifikation zu stärken,
- die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement zu fördern sowie
- die Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln, ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten und zu managen.

Die vielfältigen Aktivitäten und Ergebnisse der Demokratiekampagne und **der Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein – Land für Kinder“** in den Jahren 2002 bis 2010 sind ausführlich dargestellt im Bericht der Landesregierung **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**, Drucksache 17/583, vom 03. Juni 2010.

Die Shell Jugendstudie 2010 macht erneut deutlich, dass Zugänge zum Engagement in hohem Maße bildungs- und schichtabhängig sind. Je gebildeter und privilegierter die Jugendlichen sind, desto häufiger sind sie im Alltag aktiv für den guten Zweck. Bei der Frage der Erreichbarkeit aller sozialen Milieus sind Schulen wichtige Akteure. Ein Modellprojekt an der Geschwister-Prenski-Schule in Lübeck ist ein gutes Beispiel dafür, dass Engagement gelernt werden kann: Mit dem Unterrichtsfach „**Soziale Verantwortung lernen**“ sollen Schülerinnen und Schüler einer 7. Klasse an ehrenamtliche Tätigkeit herangeführt werden. Sie beschäftigen sich zwei Jahre lang im „Verantwortungsprojekt“ mit ehrenamtlicher Tätigkeit. Dabei werden sie intensiv begleitet, sowohl theoretisch im Unterrichtsfach als auch praktisch in unterschiedlichen sozialen Einrichtungen (z.B. Basteln in Kindergärten, Vorlesen in Pflegeheimen).

Im Rahmen des Schulunterrichts übernehmen alle Schülerinnen und Schüler ein Verantwortungsprojekt mit dem Ziel, ein Jahr lang durch praktische Arbeit außerhalb der Schule Erfahrungen mit sozialen Tätigkeiten zu sammeln. Die Schülerinnen und Schüler engagieren sich einmal in der Woche für eine Doppelstunde in verschiedenen Einrichtungen, die sie selbstständig ausgewählt haben. Das erfordert eine Vorbereitung, in der sich die Schülerinnen und Schüler ein halbes Jahr intensiv mit Aspekten wie Umgangsformen, Vorurteilen, persönlichen Stärken, Körpersprache und Ausdauer auseinandersetzen. Im Anschluss werden Eindrücke und Erfahrungen ausführlich dokumentiert.

Während der gesamten Zeit gibt es eine Betreuung durch die Lehrkraft und Qualifizierungsangebote durch die Freiwilligenagentur „ePunkt“. Dieses Projekt soll auf andere Klassen und Schulen ausgeweitet werden.

3.6 Stärkung der Medienkompetenz

Ziel der Landesregierung ist es, Kinder und Jugendliche darin zu unterstützen, Medien selbstbestimmt und reflexiv für die eigene Persönlichkeitsentwicklung und Lebensbewältigung, für Selbstaussdruck und Kommunikation, für Lernprozesse und gesellschaftliche Teilhabe nutzen zu können. Kinder und Jugendliche sollen die Chancen der Medien nutzen, sich aber auch der Gefahren bewusst sein.

Aus diesem Grund haben sich die für Medienkompetenzvermittlung relevanten Ressorts der Landesregierung - Staatskanzlei, MASG, MBK und MWV - mit den landesweit tätigen Trägern Offener Kanal Schleswig-Holstein, Medienanstalt HSH, Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesjugendring, Filmförderung HSH, Büchereizentrale des Büchereivereins Schleswig-Holstein, Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein sowie Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein in der **Lenkungsgruppe Medienkompetenz** zusammengeschlossen. Gemeinsam sollen das **Landesmedienkonzept** der Landesregierung umgesetzt und Projekte auf den Weg gebracht werden. Der Online-Akademie beim IQSH kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, hier steht die Verbesserung der Medienkompetenzvermittlung junger Menschen im Mittelpunkt.

Durch die Bündelung der Aktivitäten zur Vermittlung von Medienkompetenz und die Einbeziehung der regionalen Ebene durch vier regelmäßig tagende Regionalkonferenzen wird es möglich, die Aktivitäten in Schleswig-Holstein zielgerichteter aufeinander abzustimmen. Beispielgebende Projekte für die Zusammenarbeit sind etwa die

50 vom Offenen Kanal, der Aktion Kinder- und Jugendschutz und dem Jugendministerium fortgebildeten **ElternMedienLotsen**. Diese gestalten seit dem Jahr 2009 Elternabende zu verschiedenen Themen jugendlicher Medienwelten für Schulen und Kindertagesstätten. Ein weiteres umsetzungsorientiertes Projekt sind die vom Jugendministerium und dem Offenen Kanal Schleswig-Holstein gemeinsam durchgeführten **Gametreffs**. Sie bestehen aus Infoabenden für Eltern zu Onlinespielen, Ego-Shootern, Strategie-, Adventure- und Casualgames sowie halbtägigen Fortbildungen für Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher sowie in der Jugendarbeit tätige Personen.

Projekte in Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe sind z. B. das vom Jugendministerium geförderte Peer-Projekt **Handy-Scouts** zur Gewaltprävention und zur Förderung von Medienkompetenz der Aktion Kinder- und Jugendschutz. „Sich selbst schützen und andere respektieren“ ist das Motto, unter dem 9.- bis 12.-Klässler als Handy-Scouts in Workshops mit den jeweiligen 5. Klassen ihrer Schule einen fairen und verantwortlichen Umgang mit Handy und Internet vermitteln. Ergänzt wird das Projekt um regelmäßig angebotene Schulungen für Sozialpädagoginnen, -pädagogen, Beschäftigte der Offenen Jugendarbeit und Lehrkräfte sowie ein sehr gut nachgefragtes Handbuch für Multiplikatoren.

Zu den weiteren Aktivitäten der Landesregierung im Bereich der Medienkompetenzvermittlung wird auf die Antwort zur Großen Anfrage **Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft**, Drucksache 17/861, verwiesen.

3.7 Verbesserung der Lebenssituation der Jugendlichen im Quartier (Soziale Stadt)

In Stadtteilen oder Quartieren, die Missstände bzw. Mängel zum Beispiel in den Bereichen Wohnen und Wohnumfeld, öffentliche Räume, soziale und kulturelle Infrastruktur aufweisen, kommt es zunehmend zu einer Konzentration der Bevölkerungsgruppen, deren Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben aufgrund persönlicher und familiärer Bedingungen eingeschränkt ist. Es handelt sich meist um hochverdichtete, einwohnerstarke Stadtteile in städtischen Räumen und Stadtgebieten. Innerhalb dieser Stadtteile vollzieht sich eine Entmischung, eine räumliche Trennung ärmerer und reicherer, deutscher und nichtdeutscher, mobiler und immobiler Menschen. Diese Lebenswirklichkeit wirkt sich besonders nachteilig auf die Lebenssituation, die gesellschaftliche Integration und die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen aus.

Mit dem Bund-Länder-Programm „**Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt**“ ist seit 1999 der Einstieg in eine integrierte Strukturpolitik zugunsten benachteiligter städtischer Sozialräume gefunden worden. Ziel des Programms ist es, der sozialen Polarisierung in den Städten Einhalt zu gebieten und in den betroffenen Stadt- und Ortsteilen eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Dieses dient dann immer auch den positiven Entwicklungsperspektiven der jungen Generation.

Die Problemgebiete sollen durch die Umsetzung integrierter Handlungskonzepte wieder zu selbstständigen lebensfähigen Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive entwickelt werden. Um dies zu erreichen, ist ein gebündelter und zielgenauer Ein-

satz aller verfügbaren Ressourcen erforderlich. Die Beteiligung der Bevölkerung - auch von Kindern und Jugendlichen - und der lokalen Akteure bei der Planung und Durchführung aller Maßnahmen ist dabei die zentrale Grundlage einer nachhaltigen Stadtteilentwicklung.

Das **Programm Soziale Stadt** ist einerseits Leitprogramm auf Stadtteilebene zur Bündelung aller Aktivitäten und Ressourcen aus verschiedenen Aufgabenfeldern wie z. B. der lokalen Ökonomie, Arbeit und Beschäftigung, Bildung, Freizeit, Kultur, Wohnen, Wohnumfeld, Ökologie, der Familien- und Jugendhilfe und der Integrationsförderung sowie andererseits ein Förderprogramm notwendiger Bau- und Ordnungsmaßnahmen. So trägt insbesondere die Wohnraumförderung in etlichen Städtebauförderungsgebieten wesentlich zur Zielerreichung einer sozial ausgewogenen Bevölkerungszusammensetzung bei.

Die große Herausforderung und eine gesellschaftliche Verantwortung liegt darin, benachteiligten Kindern und Jugendlichen deutlich bessere „Startbedingungen“ zu bieten. Die Verbesserung des Bildungsniveaus der nachwachsenden Generationen in den Problem beladenen Stadtteilen ist der zentrale Schlüssel für eine Vermeidung einer weiteren Segregation. Besonders in den benachteiligten Stadtteilen können die Schulen über ihre primäre Zweckbestimmung hinaus zu Orten der Kommunikation und Integration im gesamten Quartier werden. Dazu müssen Schulen sich öffnen. Öffnen nach Innen für ein aktives Umgehen mit den häufig schwierigen Bildungsaufgaben und öffnen nach Außen für die Lebenswelt im Umfeld der Schule und die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen. Gerade aus der Kooperation mit außerschulischen Trägern können vielfältige Initiativen entstehen, die in starkem Maße in den Stadtteil hineinwirken. In diesem Sinne entstehen z.B. die **Stadtteilschulen** in den Soziale Stadt-Gebieten Kiel Ostufer, Elmshorn Hainholz, Neumünster Vicelinviertel.

Das Thema Stadtteilschule ist nur eines von vielen relevanten Themen der sozialen Stadtteilentwicklung. Alle Themenfelder, die ebenfalls direkt oder indirekt zur Entwicklung einer neuen Qualität des Zusammenlebens im Stadtteil beitragen, führen auch zur Verbesserung der Lebensbedingungen der jungen Generation.

Beispielhaft seien einige geförderte Einzelmaßnahmen in den Gebieten der Sozialen Stadt genannt:

- Elmshorn Hainholz: Neuordnung der Schullandschaft mit Neubau.
- Flensburg Neustadt: Modellvorhaben „Schulsozialarbeit im Flensburger Norden“.
- Kiel Mettenhof: Kinder-, jugend- und familienfreundliche Gesamterschließung des Stadtteils Kiel-Mettenhof in Bezug auf die Infrastruktur öffentlicher Spiel- und Freiflächen.
- Kiel Ostufer: Musikschule Kiel, Sportpark Gaarden.
- Lübeck Buntekuh: Umgestaltung des nördlichen Grünzuges im Wohngebiet Buntekuh.

Zur Zeit laufen in Schleswig-Holstein in 9 Kommunen insgesamt 12 quartiersbezogene Gesamtmaßnahmen des Programms Soziale Stadt mit zahlreichen Einzelmaßnahmen. Aufgrund von Beschlüssen des Deutschen Bundestages wurde der Förderansatz für das Jahr 2011 in diesem Programm mit seinen mehrjährigen Gesamtmaßnahmen um rd. 70 Prozent gegenüber dem Ansatz 2010 zurückgeführt.

4. Resümee und Perspektive

Die Shell Jugendstudien stellen periodisch wiederkehrende Erhebungen über die Lebenswirklichkeit, die Einstellungen und die Zukunftserwartungen der jungen Menschen in Deutschland dar. Die Autorinnen und Autoren geben mit der 16. Shell Jugendstudie 2010 Denkanstöße für die Jugendpolitik, sie liefern keine Prognose für die Zukunft. Als soziologisch ausgerichtete Erhebung vermittelt die Studie allgemeine Handlungsorientierungen, ein auf den Einzelfall bezogenes Präventionsprogramm kann aus ihr nicht abgeleitet werden.

Die Landesregierung hat mit ihrer präventiv ausgerichteten Sozialpolitik und der Verbesserung der Teilhabechancen insbesondere für benachteiligte junge Menschen einen Weg eingeschlagen, der den Empfehlungen der Studie entspricht. Sowohl von den Kommunen, die für die Daseinsvorsorge und die Kinder- und Jugendhilfe zuständig sind, als auch durch bürgerschaftliches Engagement werden die Aktivitäten der Landesregierung maßgeblich unterstützt. An dieser Stelle sei beispielhaft auf kommunale Hilfsfonds, Patenschaften, Teilhabekonzepte und die Schulsozialarbeit verwiesen.

Die von der Landesregierung gesetzten Schwerpunkte in den Bereichen Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik weisen in die richtige Richtung, bieten sie doch gerade den benachteiligten jungen Menschen die notwendige Förderung für schulische Bildungsabschlüsse und den Übergang in Ausbildung oder Beruf. Die enge Verzahnung dieser Politikfelder mit der Jugend- und Familienpolitik hat sich bewährt und wird deshalb fortgesetzt und ausgebaut.

Die präventiv ausgerichtete Kinder-, Jugend- und Familienpolitik verbindet frühe Hilfen und frühe Förderung mit umfassendem Kinderschutz. Gerade für Familien mit besonderem Hilfebedarf sind entsprechende Programme entwickelt worden.

Die Vernetzung von Jugend- und Bildungspolitik zeigt sich sowohl im Bereich der Kitas wie auch beim kooperativen Ausbau der Offenen Ganztagschulen und der Unterstützung kommunaler Bildungsnetzwerke im Programm „Bildungslandschaften zwischen den Meeren“. Auch künftig wird die Kooperation von Jugendhilfe und Schule auf kommunaler Ebene mit Fördermitteln unterstützt, der jahrgangweise Aufwuchs der 2009/10 und 2010/11 neu eingerichteten gebundenen Ganztagschulen in sozialen Brennpunkten dient ebenfalls der Unterstützung der Bildungsbiografien benachteiligter junger Menschen.

In Vorbereitung befindet sich ein Teilhabekonzept für Familien und deren Kinder in schwierigen Lebenslagen, das bereits bestehende Angebote und auch das zu erwartende „Bildungspaket“ des Bundes ergänzen und erweitern wird.

Alle diese Bemühungen stehen im Zusammenhang mit der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, diese ist eng verbunden mit den Chancen und Optionen, die den nachwachsenden Generationen eingeräumt werden. Die demografische Entwicklung stellt dabei einen bedeutsamen Faktor dar. Die demografischen Eckwerte besagen, dass sich der Alterungsprozess in der Gesellschaft fortsetzen wird: Die Geburtenrate wird weiter sinken und die Lebenserwartung steigen. Das wird zu einem kontinuierlichen Anstieg der Menschen im Seniorenalter führen sowie zu einem Absinken der Anzahl der Jugendlichen und der Erwerbstätigen. Immer weniger junge Menschen werden

für immer mehr ältere/alte Menschen sorgen müssen! Die Diskussion über die Folgen des demografischen Wandels gewinnt auch in Schleswig-Holstein immer mehr an Bedeutung.

Auch in Zukunft sind - im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel - kontinuierliche Anstrengungen notwendig, um Chancengerechtigkeit und positive Lebensbedingungen für alle Kinder, Jugendlichen und deren Familien zu schaffen.